

LESERMEINUNG ZUM MAHNENDEN MÜHLSTEIN: RICHTIGE ENTSCHEIDUNG DES HAUPTAUSSCHUSSES

Lesermeinung von Gertrud Tammerna aus Ahrensburg zum Beitrag „Missbrauch in Ahrensburg: Kein Mühlstein gegen sexuelle Gewalt“.

Mit großem Befremden lese ich von der an die Stadt Ahrensburg herangetragene PR-Aktion "Mahnender Mühlstein" der "Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen", bei der eine öffentliche Grant-Fläche in der Innenstadt bereitgestellt werden sollte, um als "Kunst"objekt einen tonnenschweren Mühlstein mit einem darauf gravierten Zitat aus dem Matthäusevangelium provokant zu präsentieren. Dies wird als Präventionsaktion gegen Sexuelle Gewalt an Kindern vorgestellt.

Der eingravierte Evangeliumsvers ist ein drohender Fluch, der Übersetzung nach Luther mittels "Ersäufung" unsägliche Vergehen verhindern will und damit eine archaisch-fundamentalistische christliche Verwünschung, die einen gewaltsamen Tod assoziiert. Dies ist meines Erachtens nicht mit dem Strafrecht der Bundesrepublik auf der Grundlage unseres Grundgesetzes (Präambel; § 102) vereinbar und kann eine gefährlich ungesteuerte Dynamik populistisch in Gang setzen.

Selbstverständlich sind Aktionen zur Skandalisierung, Prävention und Ächtung über Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen dauerhaft notwendig, auch hier in Ahrensburg, wo bekanntlich ein verheerendes Feld für solche Taten jahrzehntelang vorherrschend war. Aber Todesstrafen sind und dürfen weltweit keine Lösungen sein, auch, wenn manchem dies als geeignete Lösung erscheinen mag. Dagegen sind Aufdeckung, Ermittlungen und Sanktionierung und Bestrafungen im Sinne von Opferausgleich, Schutzmaßnahmen, Sühne und Täter-Resozialisierung bei solchen Vergehen unbedingt zu fordern.

Richtiger wäre, zum Beispiel einen Denk-Stein zu setzen ohne eine solche Inschrift, der symbolisiert, wie solche Verbrechen Täter, Betroffene und deren verstrickte Umfeldler dauerhaft versteinern und der an Gewalt-Opfer erinnert, die an solcher Last seelisch, körperlich und final zugrunde gegangen sind. Oder eine Symbolik, die die Übertragung ‚Weitergabe und Tradierung von Gewalt‘ verdeutlicht.

Ich wundere mich, dass diese Initiative nicht im Vorfeld zur Diskussion breiter bekannt war und wieso nun gerade die Ev.-luth. Kirche und das Kreisjugendamt zur Stellungnahme bei dieser Beschlussvorlage aufgerufen wurden. Die Entscheidung des Hauptausschusses halte ich nach den dargelegten Argumenten kommunalpolitisch für richtig.

Mit betroffenen Grüßen
Gertrud Tammerna, Ahrensburg